Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 266 | Dresden, Donnerstag den 13. November 1924 | 35. Jahrg.

Englisches

Nachträgliches und Nachdenkliches zur Unterhaus-Wahl

R. K. Das auf das Zweiparteien-System zugeschnittene englische Wahlrecht hat zu dem uns etwas grotesk anmutenden Resultat einer Mehrheitsregierung geführt, die genau betrachtet eine Minderheitsregierung ist. Wie seltsam sich das System auswirken kann, zeigt sich an dem Abstimmungsergebnis in Schottland, wo nach dem New-Leader die Arbeiterpartei mit einer Gesamtzahl von 701 041 Stimmen an der Spitze marschierte, aber nur 26 Sitze erobern konnte, während die Konservativen mit 686 298 Stimmen 36 Mandate errangen.

•

Doch dieses Wahlsystem kann immer nur unter den englischen Verhältnissen beurteilt werden. Die Frage: ist es demokratisch oder undemokratisch, ist nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein zu beantworten. Die Entwicklung weist mit Sicherheit wieder zum Zweiparteien-System und diese Entwicklung wird durch die Art der Wahlberechnung gefördert. Die Arbeiterpartei hat diesmal die Kosten zu tragen gehabt, aber der Gedanke, einer Mehrheit, auch wenn sie nur schwach ist, die Möglichkeit einer stetigen Regierung zu geben, hat — immer unter der Voraussetzung eines Zweiparteien-Systems — sicherlich seine Vorzüge. Das ist auch die Ansicht des New-Statesman, der der Arbeiterpartei ziemlich nahestehenden Wochenschrift. Der New-Statesman zeigt an dem Beispiel des nichtgewählten Mr. Asquith, dem er den gewählten indischen Kommunisten Saklatvala gegenüberstellt, die Nachteile des Systems. Denn solche Vorkommnisse, meint er, entsprechen sicher nicht dem Wunsche der Wähler, die Asquith als eine der hervorragendsten Gestalten im politischen Leben Englands kennen. Der New-Statesman schreibt dann weiter:

„Und doch hat er in einem Hause von 615 Abgeordneten keinen Sitz erhalten. Solche Lächerlichkeiten würden natürlich durch die Einführung des Proporzes verhindert werden, aber das würde ein teurer Preis für die Vermeidung solcher unerwünschter Zwischenfälle sein. Die Verhältniswahl würde unsern Asquiths, Macdonalds und Baldwins, überhaupt allen bedeutenden Politikern, sichere Sitze geben, aber ebenso Männern, die vielleicht dieses Privileg mißbrauchen würden. Unter dem gegenwärtigen System, wo jeder Wahlkreis einen Abgeordneten ins Parlament sendet, führen englische Politiker ein sehr gefährliches Leben, aber eben diese Gefahr ist ein Selbstschutz für die Demokratie. Denn bei uns kann es sich selbst der größte und mächtigste Staatsmann nicht leisten, die wechselnden Meinungen unter der Wählerschaft zu übersehen. Es ist ein System, das seine Lücken hat, aber es ist auch das wirksamste „demokratische" System in der Welt. **In England gibt es keine „sicheren" Sitze, und das bedeutet, daß die Politiker niemals ihre Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber vergessen können."**

Die besondere Wahlmathematik Englands hat also auch ihre Vorteile und bildet einen Schutz für die Demokratie. Die Zahlen-Gerechtigkeit (die übrigens in Deutschland den kleinen Parteien gegenüber praktisch außer Kraft gesetzt ist), kann hinter dem glänzenden äußeren Schein schwere Nachteile verbergen und entwicklungshemmend wirken, ohne daß deshalb nun das englische System als der Weisheit letzter Schluß empfohlen werden sollte. Abgesehen davon, daß die Arbeiterpartei von sich aus nicht ohne weiteres imstande war, das Wahlsystem radikal zu ändern, was manche verwunderte Frage hervorgerufen hat, bestehen doch auch für sie Gründe, die englische Wahlmathematik anzuerkennen, wenn sie an die eigne Zukunft denkt.

•

Der Sinowjew-Brief hat seine Dienste getan und in Anerkennung seiner Wirkung spricht der New-Leader von einem Sinowjew-Parlament. Freilich besteht kaum mehr ein Zweifel, daß er gefälscht, daß Macdonald selbst einer Mystifikation zum Opfer gefallen ist. Man könnte also meinen, daß die Kommunisten diesmal unschuldig sind und der Reaktion nicht die üblichen Zutreiberdienste geleistet hätten. Aber das wäre ein Irrtum. Sie haben die Atmosphäre geschaffen, die den Vergiftungsfeldzug erst ermöglichte. Ihr Geschrei in Verbindung mit dem Falschspielertrick hat den letzten indifferenten Wähler aus seiner Höhle der Gleichgültigkeit herausgescheucht und den Konservativen zugetrieben. Eine Angstpsychose unter den englischen Bürgern war ausgebrochen, die der Klassengegner der Arbeiter sich zunutze machen konnte und rücksichtslos zunutze gemacht hat. Interessant ist das Urteil des Daily Herald, der ja einstmals für kurze Zeit in kommunistischen Händen war. Er schreibt u. a. nach der Uebersetzung der Auslandpost:

„Der Arbeiterpartei obliegt auch die Pflicht, ein ernstes Wort mit den englischen Kommunisten zu reden und sie dazu zu veranlassen, ihre Auffassung, ein paar obskure Leute könnten England herausfordern und es mit Gewalt niederhalten, fallen zu lassen.

Wenn es bei uns keine Kommunistische Partei gäbe, wäre der Kinderschreck von der roten Verschwörung niemals erfunden worden. Daß die Arbeiterpartei nicht gesiegt hat, ist dadurch zu erklären, daß unsre Gegner die Furchtsamkeit der Wähler, besonders der Frauen, skrupellos ausgenutzt haben. Aber wenn die lärmenden Drohungen der englischen Kommunisten nicht gewesen wären, würde diese Ausnutzung unmöglich gewesen sein.

Auf diese Ursache ist der Erfolg der Tories zurückzuführen, ferner darauf, daß sie eine mächtige Presse besaßen, die ihre Lügen verbreiten konnte. Wir können uns nicht denken, daß Mr. Baldwin diese Ueberlegung Freude macht. Wir hoffen, daß alle Teile der Arbeiterbewegung sich diese Lektion zu Herzen nehmen werden."

Auch hier offenbart sich die Kommunistische Partei, wenn die Organisation lärmender Maulaufreißerei als Partei bezeichnet werden darf, als das böse Prinzip in der Arbeiterbewegung, und es ist kein Zweifel, daß die Bekämpfung der Weltreaktion energisch auch die Bekämpfung der kommunistischen Verstrickungsverschwörung erfordert.

Soweit man es überschauen kann, herrscht Einstimmigkeit in der englischen Arbeiterpartei, daß das Wahlergebnis keine Niederlage, sondern im Gegenteil als ein Sieg zu betrachten ist. Die Auflösung der Liberalen, auf die auch wir schon hingewiesen haben: die offen ausgesprochene Erkenntnis, daß Arbeiterparteiler und Sozialist dasselbe sind, die klare Uebersicht über das Gefechtsfeld werden als ebenso viele günstige Zukunftsaussichten gewertet. Das hindert nicht die Kritik. Und die Kritik, die geübt wird, zeichnet sich durch grundsätzliche Formulierung aus. Vor allem kommt klar zum Ausdruck bei den verschiedenen Parlamentariern, die Wahlbetrachtungen anstellen, daß eine Aera des Kampfes und, wenn auch das Wort, aber nur das Wort, möglichst vermieden wird, des Klassenkampfes eröffnet ist. So schreibt John Wheatley: „Die Arbeiterpartei im Unterhaus ist, und nicht zu früh, aus einer schwierigen Stellung befreit worden. Wir können nun zu unsrer Politik des Kampfes zurückkehren. Es ist ganz klar, daß man mit einer ängstlichen „staatsmännischen" (die Anführungszeichen stehen im Original, D. Red.) Haltung nicht erfolgreich an ein Volk appellieren kann, das um seine Selbstbefreiung von den Ketten der Armut kämpft. Es kann keine Freiheit, kein Recht für die schwerarbeitende Masse unter dem Kapitalismus geben. Da wir das wissen, sollten wir dafür kämpfen, ihn zu ersticken, nicht zu flicken!"

Das Charakteristische an allen Aeußerungen ist jedenfalls, daß sie betonen: Nur die Herausstellung und strikte Innehaltung des eignen Programms, der eignen Idee darf die Richtschnur der Arbeiterpartei in der Politik sein. „Nicht Taktik oder Manöver sind geeignet, die Wählerschaft zu gewinnen. Unsre Aufgabe in diesen Wartejahren muß sein, Menschen zu Sozialisten zu machen durch Verbreitung und Auseinandersetzung unsrer sozialistischen Erkenntnis und Ueberzeugung."

Sehr wohl ist von allen Kritikern erkannt und mit mehr oder weniger Schärfe ausgesprochen worden: die Gefahr der Machtsucht. So schreibt der Obmann der Unabhängigen Arbeiterpartei, Clifford Allen:

„Ich glaube, daß einige von uns allzusehr das Vergnügen geschätzt haben, über Menschen zu herrschen, Macht auszuüben. Die Politik des Innenministeriums in bezug auf die Todesstrafe, das Gefängnissystem und Ausländer-Gesetze ist herzzerbrechend gewesen und zeigt, wie leicht die Machtausübung unsre Ideale korrumpieren kann."

Allen beklagt unter Hinweis auf den Campbell-Fall, die Indien-Politik u. a. m., die Neigung, sich der kapitalistischen Methode und Anschauung anzupassen. „Ob wir in der Minderheit oder in der Mehrheit sind, wir haben keinen Grund, irgend etwas von dem Programm abzustreichen, an das wir glauben. Schließlich haben wir das Wirk, Ideale und ein Programm unser eigen zu nennen, das dem Bedürfnis der Welt entspricht, wir gewinnen gar nichts, wenn wir diese Aktiva nicht benutzen, wir verlieren sehr viel, wenn wir einige verrosten lassen." — „Die Arbeiterpartei kann weder bei den Wahlen gewinnen noch der Welt nützen, außer, daß wir aufhören zu reden, zu denken und zu regieren nach Art der Politiker der Vergangenheit. **Unser Programm ist ein andres, unser Wertmaßstab ein andrer, unsre Gründe für den Machtanspruch sind andre. Wir werden gewinnen und nicht verlieren, wenn wir das klar machen — klarer als wir bisher uns zu tun erlaubten."**

Am schärfsten geht schließlich der Herausgeber des New-Leader, H. N. Brailsford, mit der Regierung ins Gericht. Bei aller Anerkennung dessen, was von Macdonald geleistet wurde, verurteilt er unnachsichtig die Haltung der Regierung in Sachen des Sinowjew-Briefes und spricht zusammenfassend von einem „moralischen Niederbruch", in bezug auf Indien und Rußland. Wahrheit, unbedingte Wahrheit und Offenheit, den Mut, auch Fehler einzugestehen und wieder gutzumachen, verlangt Brailsford. Denn:

„Es gehört nicht zu unsrer Strategie der Machtgewinnung, das Vertrauen der Mittelklassen dadurch zu erschmeicheln, daß wir uns den Anschein geben, ebenso rücksichtslose Imperialisten zu sein wie Liberale und Konservative. Die plötzliche Aufdeckung eines garstigen und kostspieligen Fehlers hat unsern Weg erhellt und uns unsre Gefahr gezeigt. Mit oder ohne Führer, ungefesselt von einer Erinnerung, die wir verwerfen, laßt uns auf taktische Manöver verzichten und uns kämpfen, wir selbst zu sein!"

•

Man sagt bei uns im allgemeinen den Engländern nach, daß sie nüchterne Leute seien, die kühl rechnend, von Illusionen nicht verführt, fest auf dem Boden dieser Welt ständen. Man schätzt sie in der Politik als „Realpolitiker" und auch wir möchten uns dieser Schätzung anschließen. Aber was sie zu „Realpolitikern" macht, ist gerade das, was von den deutschen Politikern, auch von manchen sozialistischen, als das Stigma für den Illusionspolitiker angesehen wird: die Ueberzeugung von der Macht der Idee, eine Ueberzeugung, die sie allerdings mit Karl Marx teilen, nach dessen Worten: „Ideen, an die der Verstand unser Gewissen geschmiedet hat, das sind Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen, das sind Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft."

Die eigne (sozialistische) Idee, das eigne (sozialistische) Programm auch in der Praxis rein zu erhalten, das Prinzip nicht der Taktik, dem augenblicklichen, in Wahrheit nur scheinbaren Vorteil zu opfern, das ist die Realpolitik der englischen Genossen. Was sie in diesem Wahlkampf erreicht haben, haben sie, ihrer eignen Meinung nach, durch diese Art Realpolitik erreicht, die Verluste schreiben sie auf das Konto einer Politik der Anpassung an Andersdenkende und Anders-

Ausländische Finanzierung der Völkischen

Der moralischen Pleite der Völkischen folgt jetzt der finanzielle Bankrott. Es ist bereits so weit, daß Herr Wulle z. B. nicht einmal mehr in der Lage war, 1200 M. für Telephonspesen aufzubringen. Die Verbindung mit dem Zentralbureau der völkischen Bewegung in Berlin ist deshalb gesperrt worden, und da auch das nichts geholfen hat, steht eine Pfändung des verantwortlichen Bureausekretärs der Völkischen bevor. Alles das sind nicht etwa Erfindungen, sondern Angaben, die Herr Wulle selbst in einem Bettelbrief an zahlungsfähige Großkaufleute gemacht hat. Er sagt darüber hinaus, daß die völkische Pleite nicht einmal mehr die kleinste Aktion ermöglicht, und ersucht deshalb um einen größeren oder kleineren Pump, der bis zum 31. Dezember d. J. beglichen werden soll. Wer wird ihm pumpen? Im voraus unser Bedauern.

Aehnlich soll es übrigens den Vaterländischen Verbänden ergehen, die ebenfalls in aller Welt herumpumpen und sich trotz ihrem gepachteten „Nationalbewußtsein" nicht einmal schämen, in der Schweiz um Geld zu werben. Es ist vorläufig noch verfrüht, darauf näher einzugehen, aber sicher ist, daß die vaterländische Bewegung noch vor den Reichstagswahlen eine besondere Freude erleben wird. Für heute wollen wir nur so viel sagen, daß sich die „vaterländische Bewegung" auf ausländische Mittel aufbaut und neben ihr aus der gleichen Quelle auch Herr Ludendorff und seine Strategie im Münchner Bürgerbräukeller bezahlt worden ist.

Die Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung durch das Ausland war bisher überhaupt nur ein offenes Geheimnis, ohne daß bisher aber positive Beweise für die allgemeine Annahme erbracht werden konnten. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß sich dieser Zustand schon in den nächsten Wochen ändert und unserm Volke endlich gezeigt werden kann, wie die „nationale Bewegung" in Deutschland international finanziert wird.

•

Deutschvölkische Ansichten über Frauen

Der deutschvölkische Oberst Bauer, Ludendorffs Kumpan beim Kapp-Putsch, schreibt in seinem Buch „Der große Krieg in Feld und Heimat":

„Insonderheit hat die Frau nicht das geleistet, was sie hätte leisten können. Sofern sie nicht durch die Not dazu getrieben wurde oder die sich bietende pekuniäre und sonstige, namentlich sexuelle Unabhängigkeit sie lockte, blieben sie in Scharen der Arbeit fern. Die Gesamtleistung der Frau ist qualitativ und quantitativ hinter den Erwartungen zurückgeblieben, genau wie in den andern Ländern. Die von der Berufstätigkeit von der Familie emanzipierte Frau zeitigte aber noch weitere Schattenseiten. Die Moral sank zusehends, und Vergnügungs- und Genußsucht blühte, die Mode wurde immer extravaganter, herausfordernder, und wer in jener Zeit abends durch die Großstädte ging, konnte den Ekel vor dem Volk, besonders den Juden und den Weibern, bekommen.

Der Mann, der das schreibt, war während des Krieges an leitender Stelle im Generalstab. Er weiß nicht, was die Frauen in ihrer täglichen Angst um ihren Gatten, ihre Söhne, ihre Väter, ihre Brüder, was sie infolge ihres und ihrer Kleinen Hunger durchmachen mußten. Bauer schreibt weiter:

So kehrten viele Ehemänner vom Urlaub geschlechtskrank (an die Front) zurück, die eigenen Frauen waren die Schuldigen. Bei den unverheirateten Männern war es noch ärger. Der Mangel an Männern einerseits, die infolge der Berufstätigkeit größere persönliche Freiheit der Frauen anderseits und die geringe Aufsicht durch Gatten und Väter trieben gerade das Weib zum „Sichausleben". Die verführten Männer — sie waren es tatsächlich — mußten das Geld schaffen, und so stieg wieder das Schieber- und Wucherwesen, ein wahrer Circulus vitiosus.

Wunderbare Weltkenntnis, wunderliche Moralanschauung! Alle die Proletarierinnen, die während des Krieges bei mangelhafter Ernährung ihre Gesundheit durch die harte Arbeit in den Waffen- und Munitionsfabriken ruinierten, um sich erbärmliches Kriegsbrot und Steckrüben zu verdienen, werden dafür roh beschimpft.

Wieviel deutsche Frauen wohl am 4. Mai trotzdem deutschvölkisch gewählt haben?

•

Deutschnationale über Deutschvölkische

Dr. Kaufmann (deutschnational) in einer Wählerversammlung am 5. November 1924:

„Die Nationalsozialisten sind nur tüchtig im Mundaufreißen."

„Ludendorff hat sich nicht mit Ruhm bedeckt."

Graf Westarp (deutschnational) am 7. November 1924:

„Die Deutschvölkischen verhindern den Sieg der Nationalen."

„Haß und nicht Völkerversöhnung ist unsre Parole!"

Und den „Freundlichkeiten" der Rechtsparteien über die Deutsche Volkspartei

Freiherr v. Senden in einer Wählerversammlung am 4. November 1924:

„Die Volkspartei steht unter jüdischer Führung!"

Stadtrat Steinhoff am 7. November 1924:

„Drehbarer Stein, bald rechts, bald links."

Die Deutschnationalen beleuchtet von Nationalsozialisten

Wulle in einer Wählerversammlung, 3. November 1924:

„Die Deutschnationalen, die Partei der widerlichen Heuchelei."

„Wallraf ein Schlappstiefel."

„Partei des Kuhhandels und der Futtertrippenpolitik."

„Der Dawes-Plan Satanswerk."

Jolle (völkisch):

„Die Deutschnationalen, die Partei Mampe halb und halb."

Die Sammlung wird fortgesetzt.

Staat und Proletariat

Vortrag von Dr. Leopold Stern

In einer parteiloseichten Versammlung von Parteigenossen, Funktionären und Betriebsräten in den Kunsträumen am Fernsprecher ein niedriges Kommunistenspiele er tapfer bemüht, aber als man sieben glücklich bis zu der Stelle gekommen war, wo der eifersüchtige Ehemann, dem Versuch gab, mit unentmutet bei der Gattin den Nebenbuhler treffen soll, den er in der ersten Wut beim Jagdgewehr erschlägt, da wurde der Vortrag es dem armen Siegfried